PB.S-01-103-3

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	Kreisverband Tübingen
Beschlussdatum:	28.04.2021

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 102 bis 103 einfügen:
Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So können wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen werden.
Außerdem möchten wir für junge Menschen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe die Voraussetzungen für einen guten Start ins Erwachsenenleben verbessern. Derzeit müssen die Jugendlichen erhebliche Teile ihres Einkommens, welches sie zum Beispiel im Rahmen einer Berufsausbildung verdienen, ans Jugendamt abführen. Diese Abgaben haben auf die Betroffenen einen sehr demotivierenden Effekt und mindern so den Anreiz, sich auf dem Arbeitsmarkt zu engagieren. Wir möchten, dass die Jugendlichen zukünftig über ihr Einkommen frei verfügen können. Sie sollen keine Kostenbeiträge mehr an das Jugendamt abführen müssen.

Begründung

Ein wesentliches Ziel der Jugendhilfe sollte sein, den Jugendlichen einen guten Start ins Arbeits- und ins selbstbestimmte Erwachsenenleben zu ermöglichen. Derzeit müssen Jugendliche, die an die stationäre Jugendhilfe angebunden sind, allerdings 75% ihres Einkommens ans Jugendamt abführen. Natürlich ist dadurch die Motivation einen Schüler*innenjob anzunehmen oder eine Ausbildung anzufangen deutlich herabgesetzt. Auch verhindert diese Regelung, dass die Jugendlichen z.B. für einen Führerschein oder die Ersteinrichtung ihrer ersten eigenen Wohnung sparen können.
Es gibt schon einen Gesetzesentwurf der aktuellen Bundesregierung für eine Reform dieser Regelungen. Künftig sollen die Jugendlichen nur noch bis zu 25% ihres Einkommens abgeben. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, geht aber nicht weit genug. Chancengleichheit sollte bedeuten, dass die Jugendlichen in der Jugendhilfe am Ende des Monats über genau dasselbe Einkommen verfügen sollten wie andere Jugendliche. Extrem fraglich scheint mir der Ertrag dieser Abgaben auch im Vergleich zum bürokratischen Aufwand in den Ämtern und für die Jugendlichen.